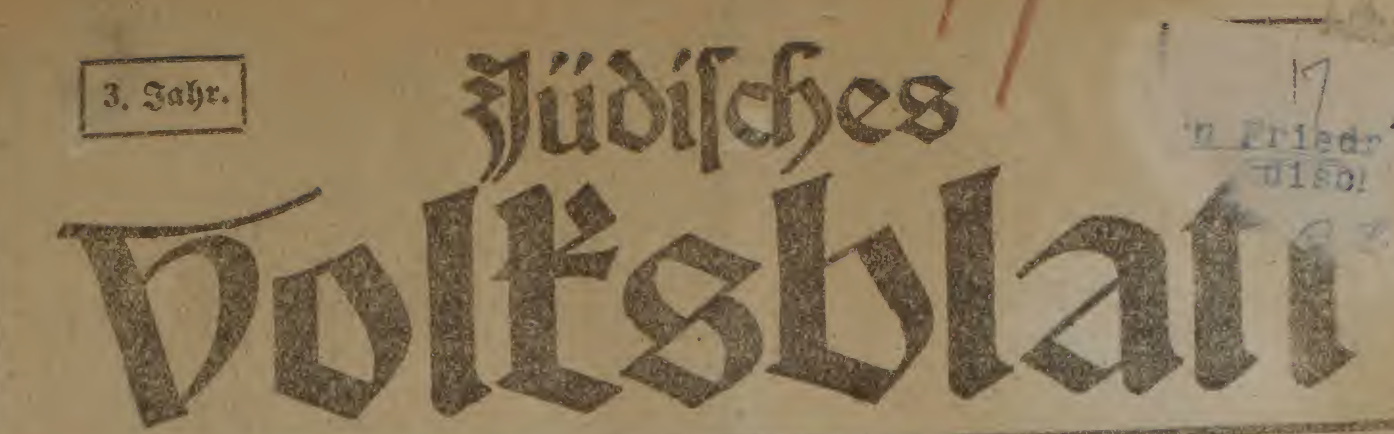
Einzelnummer 1 K.

3. Jahr.



Dienstag, 1. III. 1921.

21. Adar 5681.

Die englische Politik im nahen Osten.

(Von unserem Korrespondenten).

London, den 15. Februar 1921.

Soeben ist die neue Session des Parlaments eröffnet worden. Wieder ist im feierlichen Aufzug das Königspaar zum Parlament gefahren und zum ersten Mal seit Kriegsausbruch ist wieder das feierliche Gepränge entfaltet worden, das nicht nur der Autorität des Herrschers, sondern noch mehr der Autorität der Volksvertretung gilt. Die Thronrede ist verlesen worden und hat im House of Lords und im House of Commons Debatten ausgelöst, in denen Koalition und Opposition ihre Führer auftreten ließen. Die Thronrede selbst ist, wie alle solche Kundgebungen, in sehr allgemeinen Wendungen gehalten und beschäftigt sich sowohl mit Fragen der äußeren sowie der inneren englischen Politik nur in ganz allgemeiner Weise. Sie unterstreicht, daß die Regierung alle Ausgaben, so weit es sich mit der Sicherheit des Reiches vereinbaren läßt, verringern will. In der Debatte wurden u. a. a. Erklärungen abgegeben, die für die Stellung der englischen Regierung zu den politischen Fragen des Nahen Ostens von Bedeutung sind. Unmittelbar vor Eröffnung des Parlaments hat der bisherige Kriegsminister Winston Churchill die Nachfolge von Lord Milner im Kolonialministerium angetreten und in seiner Abschiedsrede an seine bisherigen Mitarbeiter im Kriegsministerium erklärt, daß er damit beauftragt sei, in seinem neuen Amt ein Departement für den mittleren Osten einzurichten und zu führen, in dessen Ressort auch Palästina und Mesopotamien gehört. Er erklärte seine Absicht, den Etat des Kriegsministeriums von jenen Posten zu befreien, die auf diese Länder entfallen und die für die Mandatsgebiete entfallenden Ausgaben voll auf das Budget seines Amtes zu übernehmen und nach Möglichkeit zu verringern. Auf diese Erklärungen nahm der Minister des Aeußern, Lord Curzon, in seiner in der Debatte des House of Lords gehaltenen Rede Bezug, ohne irgend etwas hinzuzufügen.

Eine interessante Aussprache an diesem Gegenstand erfolgte im House of Commons. Asquith, der Führer der unabhängigen Liberalen, leitete von seiten der Opposition die Debatte ein und wandte sich schnell der Frage des Ostens zu. Er fügte, daß die Thronrede keine Erklärung über die Situation, bezw. die Politik der Regierung in Bezug auf Mesopotamien und die anderen Probleme des sogenannten mittleren Ostens enthält. Statt dessen sei das Parlament auf die Erklärungen von Churchill bei der Uebernahme seines neuen Amtes, des Colonialministeriums, angewiesen. Churchill habe sein Geschäft fest in die Hand genommen und hoffe, daß er die unbestimmten und sehr erheblichen Posten des Heeresbudgets verringern und im Laufe der Zeit die englischen Verpflichtungen reduzieren und den Osten in eine weniger abnormale Verfassung bringen werde. Asquith erklärte, er habe die Aeußerungen Churchills mit großem Vergnügen gelesen, möchte aber doch wissen, was das neue Departement für den mittleren Osten eigentlich sei? Sei es unabhängig vom Kriegsministerium? Sei es ein Auswuchs des Kolonialministeriums? Was würden seine Beziehungen zum Ministerium des Auswärtigen sein? Wo stände es in der Rangordnung der Regierungsämter? Welche Ausgaben werde es im House of Commons zu vertreten haben? Was werde schließlich seine Politik sein?

Auf diese Anfragen ging Lloyd George in seiner Rede ein indem er erklärte: Mit Bezug auf die türkischen Vorträge werde der Vertrag von Sevres zweifellos bei der bevorstehenden Konferenz in London Gegenstand der Diskussion sein. Welche Vorschläge von den Vertretern des türkischen Volkes vorgebracht werden, wisse er nicht und es wäre ein Fehler die verschiedenen Mitteilungen zu diskutieren, die in der Presse über die von diesen Vertretern angeblich bei der Konferenz vorzubringenden Forderungen gemacht worden sind. Das oberste Interesse des britischen Reiches in dieser Angelegenheit, das höchste Interesse der Alliierten und der Welt sei, daß der Frieden wiederhergestellt werde, im mittleren Osten und in Zentraleuropa. Die Vertreter der englischen Regierung werden sich durch diesen Wunsch vor allem leiten lassen. Natürlich sei dies auch mit Rücksicht auf die Verpflichtungen zu verstehen, daß der christlichen Bevölkerung der Türkei Gerechtigkeit widerfährt, welche in der Vergangenheit unter den Exzessen der türkischen Mißwirtschaft so gelitten habe. Was das Departement für den mittleren Osten anbelange, so habe eine längere Diskussion über diese Frage im September stattgefunden. Redner habe damals klar gemacht, daß es die Absicht der Regierung sei, ein Departement dieser Art, wahrscheinlich im Kolonialministerium, zu errichten. Mr. Asquith sei damals nicht anwesend gewesen, aber er sei doch zu viel verlangt, daß jedesmal, wenn er in einer Debatte fehle, die Vorschläge, die vorgebracht worden seien, in die Thronrede aufgenommen werden sollten. Damit schloß der Ministerpräsident seine Ausführungen über diesen Teil und ging zur Besprechung der Politik in Aegypten über, um sich hierauf besonders mit der irischen Frage zu beschäftigen.

Die Frage des türkischen Friedensvertrages tauchte aber in der Debatte noch einmal auf. Der Abgeordnete Sir F. Banbury, der die City of London im Parlament vertritt, fragte den Ministerpräsidenten, warum die Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes für den Friedensbeginn noch immer verzögert werde. Es gebe eine ganze Reihe von Geschäftsabschlüssen, die mit der Erklärung des Friedens zusammenhängen. Diese Erklärung müsse von der Regierung ausgehen, welche das Ende des Kriegszustandes zu verkünden habe. Er fragte, ob der Grund der Verzögerung sei, daß der Friedensvertrag mit der Türkei noch nicht ratifiziert worden sei. Hierauf erwiderte Lloyd George, daß die Schwierigkeit tatsächlich an dem Vertrag mit der Türkei liege. Wenn aber England den letzten der Friedensverträge vor den kommenden Verhandlungen mit den türkischen Delegierten ratifiziere, so konnten diese Delegierten erklären: Welchen Nutzen hat die Konferenz mit uns, wenn ihr schon den Vertrag in seiner gegenwärtigen Form ratifiziert habt? Diese Delegierten werden nächste Woche hier sein, und wenn, wie der Ministerpräsident aufrichtig hoffe, ein Uebereinkommen zu Stande komme, so werde er das Parlament auffordern, den Vertrag ohne Aufschub zu ratifizieren. Diese Erklärung ist von außerordentlicher Bedeutung, da sie die Möglichkeit eröffnet, daß der Friedensvertrag mit der Türkei innerhalb der nächsten Woche — wenn ein Uebereinkommen mit den türkischen Delegierten erzielt wird — ratifiziert und so die Grundlage zum Inkrafttreten des Palästina-Mandats geschaffen wird.

Der türkische Friedensvertrag und die Mandate.

Am zweiten Tag der Parlamentsdebatte stellte im Unterhause Sir F. Jonnson-Hicks, ein Mitglied der Regierungskoalition die Anfrage, ob das Mandat für Mesopotamien dem Hause unterbreitet werde und verlangte, daß es nicht vor seiner Billigung durch das englische Parlament dem Völkerbund vorgelegt würde. Bonar Law antwortete für die Regierung, daß der Friedensvertrag bestimmt habe, daß die Mandate zuerst dem Völkerbunde vorgelegt werden müssen und daß die englische Regierung sich an diese Bestimmung halte; auf die weitere Anfrage, ob denn die Regierung beabsichtige, das Land in dauernde Ausgaben zu stürzen, ohne die Zustimmung gab der Sprecher der Regierung die Erklärung des Parlaments sich vorher gesichert zu haben, gab der Sprecher der Regierung die Erklärung ab, das Parlament habe die nötigen Ausgaben schon durch die Annahme des Mandats auf sich genommen, die Bedingungen des Mandats sind nicht so wichtig wie seine Annahme. Wenn jedes Parlament die Mandatsbestimmungen diskutieren wollte, statt die Entscheidungen dem Völkerbunde zu überlassen, so wäre der Völkerbund nutzlos und könnte seine Funktionen nicht ausüben, wenn nachher noch das Parlament eines Staates einen Teil des von dem Völkerbund genehmigten Mandates verwerfen könnte. Lord Robert Cecil griff hierauf mit der Frage ein, ob nicht das Mandat schon dem Rate des Völkerbundes in Genf vorgelegt worden sei. Bonar Law erwiderte hierauf, daß dies seiner Information nach nicht zutreffe; er wolle aber die Angelegenheit weiter untersuchen, und wenn es möglich sei, für die Veröffentlichung des Mandats sorgen.

Diese interessanten Erklärungen bezogen sich zuerst nur auf das Mandat für Mesopotamien, gelten natürlich in ihrer formalen Seite auch für das Palästina-Mandat. Daß das Palästina-Mandat nicht gleichzeitig erwähnt wurde, läßt sich wahrscheinlich darauf zurückführen, daß das englische Parlament von der Uebernahme des Mandats für Palästina nicht solche Ausgaben wie in dem Falle von Mesopotamien zu befürchten hat. Die Auseinandersetzung zeigt auch, daß Regierung und Parlament die Mandate für noch nicht veröffentlicht halten, obwar sie schon durch die Presse bekannt gemacht wurden. Diese inoffizielle Bekanntmachung wird ignoriert und kann natürlich nicht die Grundlage von Verhandlungen im Parlament sein. Lord Robert Cecil hat in seiner Anfrage darauf hingewiesen, daß das Mandat doch schon dem Völkerbundrat in Genf zugegangen sei. Er ist mit seiner Annahme im Recht, aber auch der Regierungsvertreter kann seinerseits behaupten, daß dies nicht eigentlich der Fall sei. Der Sachverhalt ist nämlich der, daß zwar die Mandatsentwürfe von der englischen Regierung dem Rate des Völkerbundes übermittelt wurden, aber der Rat des Völkerbundes hat es, so viel bekannt ist, abgelehnt, sie formell zur Beratung und Beschlußfassung zu stellen, so lange der türkische [illegible] nicht ratifiziert sei.

Die englische Regierung [illegible] bisher auf den [illegible] eine Veröffentlichung der Entwürfe nicht vornehmen könne, solange der Rat des Völkerbundes nicht die Entwürfe formell [illegible] und gebilligt habe. Es ist aber, wie sich aus der Antwort von Bonar Law ergibt, nicht ausgeschlossen, daß die Regierung diesen Standpunkt revidiert, wozu wahrscheinlich auch der Umstand beitragen dürfte, daß die Mandate inzwischen auf [illegible] in die Oeffentlichkeit gelangt sind. Neuerdings ist es allerdings wahrscheinlich, daß die Regierung eine Debatte über die Mandate unter dem Hinweis darauf ablehnen dürfte, daß vielleicht ein Uebereinkommen mit den Griechen und Türken so nahe bevorstünde, daß hierauf eine unverzügliche Ratifizierung des türkischen Friedensvertrages vorgenommen werden könne. Wäre dies der Fall, so könnte auch der Rat des Völkerbundes einen [illegible] gültigen Beschluß über die Mandate fassen und dann würden die Mandate in [illegible]

Feuilleton.

„Herzls Worte".

Demnächst erscheint im „Welt-Verlag" unter obigem Titel ein Buch, zusammengestellt von Felix A. Theilhaber, aus dem wir, mit Genehmigung des Verlages, Einiges veröffentlichen. Das Buch dürfte gebunden 14 Mark kosten, und wir glauben, daß es das Interesse aller Juden erregen wird.

Allgemein Völkerpsychologisches.

Wissen Sie, woraus das Deutsche Reich entstanden ist? Aus Träumereien, Liedern, Phantasien und schwarz-rot-goldenen Bändern. Und in kurzer Zeit! Bismarck hat nur den Baum geschüttelt, den die Phantasten pflanzten.

(Theodor Herzl und Baron Hirsch.)

Die Schweiz kann einen nervös machen! Dieses gepriesene Land, in welchem nur auf dem Frühstückstische Milch und Honig fließt, besteht aus Bergen, Tälern, Fremdenführern, Malern, Hotelrechnungen, die aber hoch über der Meeresfläche sind, Tell-Statuen, Gletschern, geschichtlichen Erinnerungen, umherziehenden englischen Mädchenpensionaten und anderen Reichen, Sehenswürdigkeiten, nichts als Sehenswürdigkeiten! Doch ist die Bevölkerung nicht hierher zu rechnen, denn dieselbe stammt zum größten Teil aus Amerika. Die Nichtamerikaner sind Mitglieder des Deutschen Theaters in Berlin. Lediglich zur Erzielung eines gewissen Lokalkolorits sind in passenden Zwischenräumen auch Eingeborene aufgestellt. Diese sind mit Leichtigkeit daran zu erkennen, daß sie entweder von einem Bundesschießen kommen oder zu einem Sängerfest mit trikoloren Stand- und Redensarten eilen.

(Buch d. N.)

Der deutsche Schriftsteller hat mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, sobald er Italien gründlich beschreiben will; dieses Land ist schon viel zu sehr entdeckt.

(Buch d. N.)

Wien ist das diplomatische Problem des nächsten Jahrzehnts. (II. Kongreßrede.)

Mein Gott, wer lügt im Süden nicht? Dort klingen Lügen nur wie Märchen.

(P. B.)

Aber mit demselben Aufwande von Lungenkraft und Grobheit, den ein Packträger in Aegypten macht, um einen Piaster mehr zu bekommen, könnte er in einem zivilisierten Lande mit Leichtigkeit Abgeordneter werden. Der Wert der Grobheit steigt nämlich mit der Kultur eines Volkes. (Feuill.)

Die Teilung der Türkei wünscht jetzt niemand, denn das würde den Weltkrieg bedeuten.

(Der Kongreß.)

Die Franzosen.

Die Franzosen boxen mit Fäusten und Füßen, und so gebraucht Pelletan in der Debatte nebst der Logik auch die Sophistik.

(P. B.)

Die Deputierten haben natürlich, wie alle Franzosen, eine Lust am Reden. Nirgends steht das gesprochene Wort in solchem Ansehen, wie in diesem Lande. Darum gibt es nirgends so viele und so gute Plauderer, Deklamatoren, Vorleser, Zahnbrecher und Volksredner, wie hier. (P. B.)

Seit Freycinet ist kein so großer mittelmäßiger Mensch aufgetaucht, wie Herr Raimond Poincare: Sein Name wird noch auf vielen Ministerlisten stehen, und zwar an der Spitze.

(P. B.)

In London bleiben die Leute stehen, wenn sie Ball spielen sehen; in Paris, wenn sie reden hören. (P. B.)

In Frankreich ist entweder die Bronze billig oder die großen Männer sind es.

(Buch d. N.)

Die Engländer.

Das macht ja die Größe Englands aus, daß es diese beiden Kräfte glücklich benützt: im Innern den starren, konservativen Juristengeist und nach außen die bewegliche Abenteuerlust des kaufmännischen Geistes. (P. B.)

Wer es nicht schon wüßte, daß die Engländer das herrschende Kulturvolk unseres Zeitalters sind, der würde [illegible] einem Realenfeste erfahren. (Feuill.)

Wenn man die Wahl hätte, in welcher Sprache man schreiben möchte, um den tiefesten und größten Leserkreis zu haben, um Macht auf die Gemüter auszuüben und eine Spur zu hinterlassen, müßte man sich für das Englische entscheiden. Französisch klingt ja auch wer, aber die Franzosen haben kein Gedächtnis für den gestrigen Tag ihrer Literatur. (Feuill.)

Die Engländer haben recht das Stachelige und Gemütliche des Mark Twain. Sein Humor ist etwas Ungeheures, Gewaltsames, Umwerfendes. Wahre Blöcke der Lustigkeit, für ein Volk berechnet, das nicht lächelt. Wenn sich der Mann englischer Zunge zum Lachen entschließt, will er gleich ausgiebig lachen, auf einmal, ordentlich und daß es kracht. (Feuill.)

Englisch ist namentlich der Ausbau der körperlichen Uebung nach der Seite des Geldgewinnes hin. Auf das Spiel ist noch die Wette gepfropft. (Feuill.)

Einem Engländer wäre es in der Tat unerfindlich, wie man einen Menschen in seiner Freiheit, in der Pflege seines Glaubens, seiner Sprache oder Tradition behindern könnte. Und so begibt es sich, daß ein Volk, welches das Glück hat, von England unterjocht zu werden, eine Freiheit genießen lernt, von der es vorher keine Ahnung hatte. (Feuill.)

treten und könnten den interessierten Parlamenten zur Besprechung vorgelegt werden.

Inzwischen hat sich über die Frage der Ratifizierung des türkischen Friedensvertrages eine Zeitungspolemik zwischen der englischen und französischen Presse entsponnen. Der „Temps“ vom 16. Februar lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Erklärung des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ vom 15. Februar, daß Italien den Vertrag von Sevres durch ein königliches Dekret ratifiziert habe. Der Temps fragt, ob diese Erklärung richtig sei und fügt hinzu: Wir zögern trotz alldem, dieser Erklärung Glauben zu schenken, da wir sehen, daß gerade jetzt ein türkischer Kongreß in Rom abgehalten wurde und daß die Türken von Angora in einem italienischen Schiff nach Europa kommen. Der Temps zweifelt auch daran, daß Großbritannien bereit sein sollte, den Vertrag von Sevres in seiner gegenwärtigen Form zu ratifizieren und erklärt, vom französischen Standpunkt aus gegenwärtig solche hypothetische Annahmen, wie sie im Daily Telegraph von einem diplomatischen Korrespondenten angeregt worden seien, nicht diskutieren zu wollen. Diese hypothetischen Annahmen aus englischer Quelle sprechen von einer Ratifizierung des Vertrages von Sevres durch England, Italien und Japan, die zu einer Ratifizierung des französischen Parlamentes führen würden. Aber die französische Zeitung macht die französische Regierung darauf aufmerksam, daß diese sich eventuell entscheiden werden müsse, ob sie größere oder kleinere Modifikationen des Vertrages wählen und sich an der Ratifizierung des Vertrages beteiligen solle oder ob Frankreich an der Ratifizierung des Vertrages sich wirklich nicht beteiligen solle.

Es ist kaum anzunehmen, daß die französische Regierung angesichts einer solchen Situation wirklich intransingent Verhandlungen über Modifikationen des türkischen Vertrages ablehnen und auf der vollständigen Revision des Vertrages bestehen sollte, da sonst tatsächlich die Situation entstehen könne, daß der Friedensvertrag ohne die Beteiligung Frankreichs in Kraft treten und daß dann unter anderem Frankreich nicht zur gleichen Zeit wie England in die Lage käme, das Mandat über Syrien vollerechtlich in Kraft treten zu lassen.

Die hypothetischen Kombinationen des diplomatischen Gewährsmannes des Daily Telegraph haben daher wohl den Zweck gehabt, zu erreichen, der französischen Regierung nahe zu legen, ihrerseits dafür zu sorgen, daß das In-Kraft-Treten des türkischen Vertrages nicht weiter hinausgeschoben werde.

Am dritten Tage tauchte die Frage der Veröffentlichung des Mandats über Mesopotamien und damit unausgesprochenerweise wohl auch das Mandat für Palästina. Sir H. Joynson-Hicks, der tagszuvor in derselben Angelegenheit interpelliert hatte, erklärte, daß er einen Brief des Ministerpräsidenten erhalten habe, mit der Bitte, Anfragen über Mesopotamien bis zum nächsten Mittwoch zu verschieben. Mit Rücksicht darauf, wünsche er wiederum die Forderung zu stellen, daß das Mandat für Mesopotamien vor diesem Datum dem Rat des Völkerbundes übermittelt werde.

Bonar Law erwiderte ihm für die Regierung, er könne diese Zusicherung nicht geben. Er wolle nicht die ganze Frage jetzt diskutieren, da er versprochen habe, daß sie in Beratung gezogen werde. Die Angelegenheit werde mit den Vertretern der alliierten Mächte, die am Montag nach London kommen, diskutiert werden und das Haus werde daher ersucht, sich zu gedulden, bis die Regierung mit diesen Vertretern beraten habe.

Aus diesen Erklärungen geht hervor, daß die englische Regierung damit rechnet, vielleicht schon am nächsten Mittwoch in der Lage zu sein, dem Parlament weitere Auskünfte zu erteilen.

Inzwischen verbreitet Reuter ein in Rom am Donnerstag ausgegebenes halboffizielles Dementi folgenden Inhalts:

„Einige ausländische Zeitungen verbreiten beharrlich die falsche Nachricht, daß Italien den Friedensvertrag von Sevres durch königliches Dekret ratifiziert habe. Dieses Gerücht wird von autoritativer Seite kategorisch dementiert und es wird erklärt, daß Italien den fraglichen Vertrag nicht ratifiziert hat.

Das Dementi bezieht sich seinem ganzen Wortlaut nach auf die Vergangenheit. Es schließt nicht die Möglichkeit aus, daß die Ratifizierung etwa sofort nach der Londoner Konferenz erfolgt.

Es ergibt sich die Möglichkeit, daß im Laufe der nächsten Tage, da der oberste Rat der Alliierten und die Konferenz mit den Türken und Griechen in London und dem Rat der Völkerbundes in Paris tagen, die definitive Erledigung des Palästinamandates erfolgt. Die nächsten Tage können so für Palästina und den Zionismus historische Bedeutung bekommen. Es jährt sich zum zweitenmale der Tag, da Weizmann, Sokolow und Ussischkin vor die Pariser Konferenz traten, es wäre möglich, daß die definitive Erledigung des Palästinamandates genau zwei Jahre später erfolgt.

Vom Rabbinerstand.

Selbstmord eines Rabbiners. Gestern hat, wie uns gemeldet wird, der Rabbiner der Kultusgemeinde in Malacka seinem Leben ein Ende bereitet. Der Grund des Selbstmordes liegt in Ernährungssorgen. Der Verstorbene war Vater von acht Kindern und befand sich in Zwistigkeiten mit seiner Gemeinde. („Morgenzeitung“, Mähr.-Ostrau, vom 25. Februar 1921.)

In dieser kurzen Meldung liegt eine furchtbare Tragödie. Selbst wenn es nicht wahr wäre, was hier die Ostrauer „Morgenzeitung“ meldet, so kann sich der Fall morgen oder übermorgen ereignen. Vor Jahren bereits stürzte sich der Rabbiner einer kleinen mähr. Gemeinde in einen Brunnen, weil er sein Auskommen nicht finden konnte, und weil er mit den Gemeindegewaltigen nicht harmonierte, böse Zungen behaupteten zwar, er hätte es aus langer Weile getan, da er nicht viel zu tun hatte. Im Vorjahre verstarb einer der ältesten Rabbiner Mährens und die Witwe war auf öffentliche Wohltätigkeit angewiesen, da die Kultusgemeinde eine Pension zahlte, die selbst für ein Existenzminimum lächerlich war. Der Rabbiner aus Dobris Dr. Eisenberg trat im Sommer für eine Sozialisierung des Rabbinerstandes ein, ein Vorschlag, der überhaupt nicht beachtet wurde und der Landesverband der Kultusgemeinden Mährens hat in seiner Präsidialsitzung vom August 1919 beschlossen, der Rabbinerfrage und Gehaltsregulierung der Kultusfunktionäre näher zu treten. Es wurde damals auch der löbliche Beschluß gefaßt, die kleinen Gemeinden, die, einen Rabbiner zu erhalten nicht imstande wären, zusammenzufassen, und einen gutbesoldeten Rabbiner für diese Gemeinden zu bestellen. Mähren hatte für solche Zwecke einen Fonds, den aus Judensteuern zu Kaiser Josephs II. entstandenen mährischen Landesmassafonds, der aber heute nicht imstande ist, die Gemeinden entsprechend zu unterstützen, weil Kuratoren des Massafonds aus Knopflochschmerzen beinahe das ganze Vermögen in Kriegsanleihen angelegt haben, wiewohl sich viele dieser Großkaufleute sehr gehütet hätten, mit ihrem privaten Vermögen, so zu wirtschaften, wie mit öffentlichen Geldern. Und da die kleinen Gemeinden dies den Großgemeinden abgeguckt hatten, so zeichneten sie über ihre Kräfte und belehnten Stiftungsgelder, so daß sie noch heute schwer daran zu fragen haben. Denn das Sprichwort, quil licet Jovi, non licel bovi gilt ja für Römer, aber nicht für Juden. Soviel ist sicher, das Millionenvermögen, teils der Stiftungen, teils von Kultusgemeinden und auch von Vereinen in Kriegsanleihen angelegt sind, und daß diese Gemeinden nun über wenig, oder gar kein Geld verfügen, und so kommt es, daß niemand, mit wenigen Ausnahmen z. B. M.-Ostrau, Brünn, Kremsier usw. so schlecht besoldet ist, wie unsere Kultusfunktionäre.

Der Rabbiner ist der geistige Repräsentant unseres geistigen Judentums. Es ist Schande für eine Gemeinde, einen Rabbiner darben und hungern zu lassen und eine Schmach für das slowakische Judentum ist es, wenn einer ihrer Rabbiner sich lieber erhängt, denn er erhungert. Wie ist denn so etwas möglich? In der Tschechoslowakei alles. Wenn es möglich war, daß in Karlsbad zur Zeit der Tagung der Welthilfskonferenz Verzweiflungsschreie von 500.000 Kriegs- und Pogromwaisen, in dem Trubel und den Orgien des Foxtrottes und der Champagnergelage ohne Echo verhallten, so wundert es mich gar nicht, wenn Gemeindegewaltige — zumal der Rabbiner mit ihnen nicht harmoniert, zu seinen Mördern werden.

Auf der Tagung des Volksverbandes der Juden für die Slowakei am 27. und 28. Dezember 1920 erhob sich auch ein Kultusfunktionär, um über die triste Lage seines Standes zu referieren, es blieb beim Referat. Dagegen erhob sich das Haupt der „Slowaken jüdischer Religion“ um dieses Referat, das magyarisch gehalten wurde und von mir nicht verstanden wurde — nur soviel konnte ich entnehmen, daß ein Kultuspräsident seinem Funktionär sagte, wenn er mit seinem Gehalt nicht auskomme, so wolle er seinem Glücke nicht im Wege stehen und er möge sich einen anderen Posten suchen — mit einigen Phrasen abtat und bemerkte, die Frage würde einer Kommission übergeben. Es ist mir nicht bekannt, ob diese Kommission eine Gehaltsregulierung durchgeführt hat, aber scheinbar nicht. Ich weiß nur, daß der Rabbiner aus Malacka sich erhängt haben soll, weil er nicht der Meschores seines Kultuspräsidenten sein wollte. Denn diese Frivolität existiert nur bei uns Juden, daß der Kultusvorstand die Gemeindefunktionäre als seine Diener betrachtet und für sie der wunderbare Namen „Domestiken“ geprägt würde. Ist er oft nicht imstande seinem Rabbiner die Schuhriemen zu lösen, der ihn an Wissen, Bildung und ethischem Gehalt turmhoch überragt, so bildet er sich doch ein, über die Fähigkeit oder Unfähigkeit des Mannes zu urteilen, der ihm Rabbi, Lehrer und Meister sein sollte. Und gerade die Juden, die sich da, Slowaken, Magyaren, Deutsche jüdischer Religion bezeichnen, also solche Juden, die den nationalen Gedanken im Judentum leugnen, und das Judentum nur als Religion auffassen wollen von einem lebensmöglichen Gehalt der Kultusfunktionäre nicht hören.

Es gibt keine Gemeinde, deren Mitglieder nicht imstande wären, ihre Funktionäre zu erhalten. Denn ich habe keine Gemeinde auf dem flachen Lande gefunden, die Ortsarme hätte, im Gegenteil, mir sagte einmal ein Kultusvorsteher, er könne keinen Armen finden, dem er eine „Matbne“ geben könnte, höchstens die Kultusangestellten. Zehn Mitglieder einer Gemeinde sind in der Lage, ihren Rabbiner zu erhalten, der von Existenzsorgen befreit sein könnte, wenn sie jährlich 1500 bis 2000 Kc. zusteuern wollten.

Man klagt bei uns so oft darüber, daß unsere Rabbiner dem Judentume eigentlich gar nichts geben. Daß die gesamte moderne Bibelkritik und jüdische Religionswissenschaft ihre Förderung und Entwicklung protestantischen Gelehrten verdankt. Und wie sollte sich auch ein Rabbiner mit Wissenschaft beschäftigen können, wenn er durch den furchtbarsten Kampf ums Dasein derart zermürbt wird, daß er zum Strick greifen muß; und ist er schon fähig, so verläßt er lieber die Tschechoslowakei und geht ins Ausland.

Der Volksverband der Juden in der Slowakei täte gut daran, endlich der Gehaltsregulierung der Kultusangestellten vollstes Augenmerk zu schenken. Die Einberufung eines allgemeinen Gemeindetages aller Kultusgemeinden wäre sehr notwendig, an dem alle Richtungen, Neologen, Orthodoxen und status-quo-Gemeinden vertreten wären. Erstens müßte man in Mähren an eine Neuregelung des Landesmassafonds schreiten und zweitens müßte die große Frage der Kriegsanleihe gemeinsam behandelt werden. Die Zusammenfassung kleiner Kultusgemeinden zu einer kulturellen Einheit, Bestellung von hebräischen Wanderlehrern und Religionslehrern und Stellungnahme zu einer eventuellen Trennung von Kirche und Staat.

Dr. Gustav Kohn.

Inland.

Die Nobelpreiskandidatur des Präsidenten Masaryk.

Einem Londoner Funkspruch zufolge meldet das Jewish K.-B.: Das Joint Foreign Comitee hat den norwegischen Parlament ein vom Präsidenten des Komitees Sir Stuart-Samu und von Lord Rothschild unterzeichnetes Schreiben gesandt, worin es unter Hervorhebung der liberalen Politik und der Verdienste des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Masaryk dessen Kandidatur für den Nobelfriedenspreis wärmstens empfiehlt.

Oesterreich.

Abgeordneter Stricker verreist.

Landtagsabgeordneter Stricker reiste nach London und Paris, um in verschiedenen allgemein-jüdischen Angelegenheiten sowie solchen der zionistischen Organisation mit den dortigen leitenden Stellen ein Einvernehmen zu pflegen. Die vom „Neuen 8-Uhr-Blatt“ gebrachte Nachricht, daß Abgeordneter Stricker über Einladung des Völkerbundrates nach Paris gereist sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Ungarn.

Immanuel Löw.

Der Szegediner Oberrabbiner Dr. Immanuel Löw befindet sich nunmehr seit zehn Monaten in Haft, beziehungsweise unter einer nach allen Regeln der Untersuchungshaft gehandhabten strengen Bewachung in seiner Wohnung. Formell wird seine Untersuchungshaft durch den Strafsenat von Monat zu Monat verlängert. Vom Untersuchungsrichter des Budapester Strafgerichtshofes sind bereits die Protokolle eingegangen, welche über die Aussagen des gewesenen Ministerpräsidenten Karl Huszar und der übrigen Budapester Zeugen aufgenommen wurden. Die Verteidiger des Dr. Immanuel Löw, Dr. Marcell Baracz und Dr. Armin Balassa, beantragten in einer Eingabe an den Strafsenat des Szegediner Gerichtshofes die Aufhebung der Untersuchungshaft über Oberrabbiner Dr. Löw. Der Strafsenat wies jedoch dieses Anbieten mit der Begründung ab, daß die Staatsanwaltschaft um die weitere Verlängerung der Untersuchungshaft eingeschritten sei; andererseits könne der Strafsenat so lange keinen Beschluß fassen, als er nicht in Kenntnis der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft gesetzt ist. Es hängt demnach ganz von der Laune und dem Ermessen der Staatsanwaltschaft ab, wann sie ihre Anklageschrift fertigstellt, sie dem Strafsenat vorlegt und dieser dann über die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft und darüber entscheidet, wie lange Dr. Immanuel Löw noch in Unsicherheit über sein Schicksal schweben soll.

Rumänien.

W. Tiomkin in Bukarest.

(J. C. B.) Ing. Wladimir Tiomkin, Mitglied der Exekutive der jüdischen Weltzentrale, der nach Beßarabien delegiert wurde, um im Einvernehmen mit den dortigen Organisationen die Hilfstätigkeit zu Gunsten der ukrainischen Flüchtlinge zu organisieren, mußte nach seinem Eintreffen in Bukarest sich vor allem mit der Lösung verschiedener juridischer Fragen beschäftigen, die den Flüchtlingen ungeheure Schwierigkeiten bieten. Der amerikanische Konsul anerkennt die von einem rein amerikanischen Notar legalisierten „Affidavids“ nicht und verlangt, daß diese von einer administrativen Behörde legalisiert sein sollen. Wenn diese Schwierigkeiten nicht unverzüglich beseitigt werden, wird für die Emigrantenmassen eine schauderliche Situation geschaffen werden, da ihnen die Gefahr einer Internierung droht. In dieser Angelegenheit, sowie auch in den anderen, den Emigranten seitens des amerikanischen Konsuls bereiteten Schwierigkeiten wandte sich Herr Tiomkin direkt an die amerikanischen Organisationen.

In Bukarest befinden sich zurzeit 3000 jüdische Flüchtlinge aus der Ukraine. Ein in Bukarest gebildetes Komitee ist an die Organisierung der Hilfe für diese Flüchtlinge herangetreten und hat bereits große Erfolge erzielt. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß zwischen den Hilfsorganisationen in Bukarest, Jassy, Kischeniew und Galatz keine Fühlungnahme vorhanden ist. Diesen Kontakt zwischen den verschiedenen Hilfsorganisationen im Lande herzustellen, ist eine der Hauptaufgaben Ing. Tomkins. — Der Organisation nach Argentinien stellen sich keine großen Schwierigkeiten in den Weg, nur ist die Reise viel kostspieliger, da sie den bedeutenden Betrag von 8000 Lei erfordert. Bei Vorhandensein der erforderlichen Geldmittel könnte man dorthin eine bedeutende Zahl von Emigranten wegschicken. Nach Palästina haben sich auf Bukarest 40 Emigranten begeben, weitere 60 fahren dorthin in den nächsten Tagen ab. Inzwischen sind bereits 14.000 Flüchtlinge über Galatz nach verschiedenen Ländern ausgewandert. — Am 16. Februar begab sich Tiomkin nach Kischeniew.

Finnland.

Jüdischer Minoritätenschutz.

(Jüd. Korr.-Bur.) Anläßlich der vor die Völkerbundratsitzung gebrachten Frage, betreffend den Schutz der nationalen Minderheiten in Finnland, hat der bevollmächtigte finnische Minister in Paris dem Vorsitzenden des Komitees der jüdischen Delegationen, Herrn Sokolow, einen Besuch abgestattet und ersuchte ihn, die nach dem Ermessen der jüdischen Delegationen notwendigen gesetzlichen Schutzmaßnahmen zugunsten der jüdischen Minorität in Finnland vorzuschlagen und deren genauen Text zu formulieren.

Die finnländische Regierung geht nun daran, die während der Völkerbundversammlung in Genf übernommenen Minoritätsschutzverpflichtungen nach jeder Richtung zu erfüllen.

Italien.

Jüdische Emigranten.

(J. C. B.) Seit einigen Monaten vergrößert sich der Emigrantenstrom, der sich von Beßarabien durch Italien nach Amerika richtet. Diese Transmigration hat das italienische Judentum völlig unvorbereitet gefunden und deshalb wurde den Emigranten anfänglich fast keine organisierte Hilfe geleistet. Nach 3 oder 4 Monaten als endlich eingesehen wurde, daß dieser Strom keine Zufalls-, sondern eine Dauererscheinung ist, hat der Gemeindebund Schritte unternommen, um diese Hilfe zu organisieren. Im Jänner hat in Bologna eine Zusammenkunft von Gemeindevertretern stattgefunden, der die Leitung der ganzen Arbeit dem Rechtsanwalt Sullam-Venedig (der Vizepräsident der zionistischen Föderation ist) anvertraut hat; daraufhin wurde ein Emigrantenamt in Neapel organisiert; in Triest war ein solches schon vorhanden und in Genua wird ebenso dessen

Eröffnung bald in Aussicht gestellt. Die überwiegende Mehrheit der Transmigranten sind ukrainische Juden, die von Pogromen flüchtend, nach Argentinien und Brasilien gehen; eine gewisse Zahl von ihnen muß auf das Geld von den Verwandten in Italien warten und da die Organisationsarbeit eben noch am Anfange ist, dauert diese Wartezeit manchmal Wochen und Monate lang.

Da die Konferenz in Bologna für die Emigrantenversorgung ein Jahresbudget von 600—[illegible] Tausenden Liren präliminierte, hat man eine Einstellung der Keren Hajessodsammlung in Aussicht genommen, um die italienischen Juden mit fortwährenden Geldforderungen nicht zu viel zu belasten. Dieser Vorschlag wurde am 13. Februar im Zentralausschuß der zionistischen Föderation besprochen, wobei ein Kompromißentschluß in dem Sinne gefaßt wurde, daß die Einstellung nur zeitweilige, nämlich für 3 Monate, sein wird. Nach Verlauf dieser Zeitspanne, die zur Vorbereitung der Daten und der Propagandaschriften ausgenützt sein wird, hofft man die Keren Hajessodsammlung in großem Stile einzuleiten. Der Entschluß wird damit motiviert, daß die Emigranten nicht ohne Hilfe gelassen sein könnten und daß andererseits die Keren Hajessodaktion keineswegs nur auf Zionisten beschränkt bleibe, sondern alle Juden, d. h. auch solche, die für Emigrantenhilfe heran gezogen werden, umfassen soll.

Ein Geschenk der jüdischen Gemeinde Roms an das Bezalelmuseum.

Professor Anselmo Colombo, der Palästina besuchte und die Botschaft Luigi Luzzatis an die Arbeiterschaft Palästinas überbracht hatte, überreichte dem Bezalel ein sehr wertvolles antikes Thoramäntelchen, das die jüdische Gemeinde von Rom dem Kunstgewerbemuseum an der Kunstgewerbeschule Bezalel als Geschenk sandte. Im neuen Tempel in Rom sind sehr wertvolle antike Kulturgegenstände aufgestapelt, die aus allen bei dem Bau des neuen Stadtteils in Rom zerstörten Synagogen dorthin geschafft wurden. Es ist ein wahrer Schatz an jüdischer Kunst verschiedener Jahrhunderte und verschiedener Stilarten. Diese Schätze werden in der Synagoge in Kisten und eisernen Schränken aufbewahrt, ohne daß sie jemand zu Gesicht bekommt. Als Boris Schatz, der Leiter des Bezalel, während seiner Anwesenheit in Rom diese Schätze gesehen hatte, äußerte er den Wunsch, man möchte sie in den Räumen des Bezalel ausstellen, damit sie bei der Schaffung des neuen jüdischen Stils und bei der Wiederbelebung unserer neuen jüdischen Kunst verwertet werden. Die jüdische Gemeinde versprach, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen und als Resultat dieser Verhandlungen wurde dieses Geschenk als die erste Sendung nach Palästina gebracht. Dem Geschenk lag ein hebräisches Schreiben des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde von Rom, Signore [illegible] Sereni, bei.

Frankreich.

Mond bei Briand.

Minister Mond wurde von Briand empfangen, der er Mitteilungen über seine Palästinareise machte.

Amerika.

Ein hebräischer Vortrag Rothschilds.

James Rothschild wollte seine Anwesenheit in New-York ausnützen, um mit den ostjüdischen Massen in Berührung zu treten. Den Vorschlag, in großen Sälen öffentlich zu sprechen, lehnte er ab, hingegen erklärte er sich bereit, in der Eduation Alliance einen hebräischen Vortrag zu halten. Baron Rothschild beherrscht die hebräische Sprache vollkommen, die er während seiner Anwesenheit in Palästina als Offizier der Okkupationsarmee gründlich erlernt hat.

60 Millionen Dollar.

Vor seiner Abreise nach New-York erließ Baron Rothschild folgende Erklärung: „Die Aufgabe, die das amerikanische Judentum jetzt zu erfüllen hat, ist eine ungeheure. Vier Millionen Juden, d. h. ein Viertel des jüdischen Volkes, müssen die Kapitalien hergeben, die für den Aufbau Palästinas und die Erlösung seines Bodens notwendig sind. Die osteuropäischen Juden hätten gerne geholfen, aber sie besitzen nur Rubel, Kronen und Mark. Bloß die Juden Englands und Amerikas sind imstande, das Werk durchzuführen. Besonders erfolgreich ist die Tätigkeit der Zion Commonwealth, die über 4000 Mitglieder und ein Kapital von 4 Millionen Dollar besitzt. Es muß das Ziel der amerikanischen Juden sein, die Mitgliederzahl auf 100.000 und die Höhe des Kapitals auf 60 Millionen Dollar zu bringen. In einem Lande wie Amerika mit seinen drei Millionen Juden ist das durchaus nicht unmöglich."

Kanada.

Zionistischer Delegiertentag.

Am 30. Jänner wurde in Montreal der siebzehnte Delegiertentag der Kanadaer Zionisten eröffnet. Die Hauptfrage, die diesen Delegiertentag am meisten interessierte und ihm das Gepräge gab, war der Keren Hajessod. Es lag auf der Hand, daß die Amerikaner alles aufbieten werden, um die Kanadaer Zionisten für ihren Standpunkt zu gewinnen und auf diese Weise die amerikanische Aktion in ihrem Sinne einheitlich zu gestalten. Andererseits bemühte sich Schmarja Levin, die Zionisten in Kanada für die Londoner Auffassung zu gewinnen, um die amerikan. Gegnerschaft zu brechen und dem Prinzip des Maaser auch in Kanada Geltung zu verschaffen. Die Amerikaner konnten nur eine kleine Minderheit um sich sammeln, und mit überwältigender Mehrheit wurde der Keren Hajessod im Sinne der Londoner Beschlüsse mit großer Begeisterung angenommen. Die Organisation von Kanada verpflichtete sich, im Laufe des ersten Jahres eine Million Dollar zu beschaffen. Schmarja Levin dankte im Namen der europäischen Zionisten für die Unterstützung, die die Kanadaer Zionisten ihnen durch die Annahme des Keren Hajessod erwiesen haben.

Die Kanadaer Konvention erhielt Begrüßungstelegramme von Brandeis, Herbert Samuel, Dr. Weizmann und Ussischkin. Der Bericht der Kanadaer Organisation bestätigt das unaufhörliche Anwachsen der zionistischen Bewegung in Kanada. In der letzten Zeit haben sich über 8000 neue Mitglieder in 300 Orten der Organisation angeschlossen. Es sind auf dieser Konvention viele Resolutionen angenommen worden, die den Zweck haben, die Kanadaer Organisation auf eine neue Basis zu stellen. Unter großem Beifall wurde der zionistischen Exekutive in London das Vertrauen ausgesprochen. Große Genugtuung rief die Mitteilung hervor, daß Baron James Rothschild, der sich auch in Kanada aufhielt, dort ebenfalls ein Economic Council ins Leben rief, das aus 75 Kanadaer Kapitalisten besteht, mit dem reichsten Juden von Kanada, Sir Mortimer Davis, an der Spitze bereits in Nr. 16 von uns gemeldet. A. d. Red.

Politische Chronik.

Der Zupan.

Früher hieß er Gespan, magy. Ispan, und war ein großer Herr. Ursprünglich waren Gespane in der engsten Gefolgschaft ihrer Herren, der Könige oder Kaiser. Comes. Graf. Gaugraf. Als solcher war er Verwalter des Gaues im Namen des Kaisers, Herzog der militärischen Kraft seines Gaues, seinem Herrn als Vasall durch den Treueid verbunden, weil Treue das Kriterium der Feudalzeit war. Später wurde aus dem Gaugraf ein Beamter und als solcher hatte er sich im Lande der heiligen Stephanskrone erhalten. Höchster politischer und Verwaltungsbeamte des Komitats, dem auch noch eine Komitatskongretion zur Seite stand. Der Gaugraf war oft reichsunmittelbar, nur seinem Kaiser verantwortlich, der Gespan der jeweiligen Regierung. Ihre beste Stütze, der oberste Hortes bei den Wahlen und verließ sein Amt, sobald die Regierung wechselte. Stets Mitglied der Aristokratie. Magnat, und sein Amt wurde meistenteils nur als Sprungbrett für eine weitere politische Karriere benützt. Er selbst ein Hochgeborener Herr, der sich nicht allzusehr um seine Geschäfte bekümmerte, lieber auf Jagden, beim Rennen und Spielen seine Zeit zubrachte, als in den öden und kahlen Stuben seines Amtshauses.

Nach dem Umsturze wurde aus dem Gespan ein Zupan. Aus dem Komitat eine Zupa. Der Zupan wird gemäß der republikanischen Auffassung unseres Staates als Beamter eingesetzt und abberufen. Er soll, wie jeder Beamte, uneigennützig, unbestechlich, anständig und natürlich auch ehrlich sein.

Muß er umsomehr sein, als er einer fremden Bevölkerung gegenüberstehe und im Namen der Republik amtshandelt. Für die Slowakei und die Podkarpatska Rus muß solch hoher Beamte mit außergewöhnlicher Vorsicht und Bedachtsamkeit ausgewählt sein, aber die Regierung hat scheinbar für die Besetzung so wichtiger Posten keine glückliche Hand, auch im Hultschiner Gebiet nicht, und das ist ein großer Fehler, auf den man im Interesse des Staates nicht genug oft hinweisen kann.

Von welcher Art diese verantwortungsvollen Beamten sind, meldet das „Pravo Lidu". Der Zupan von Marmaros, Doktor Brzeszowski, wird nach Akna Slatina versetzt und nimmt die Einrichtung eines Jagdschlosses des ehemaligen Kronprinzen Rudolf mit. Wenn man auch auf dem Standpunkte steht, daß das Eigentum der Mitglieder der ehemaligen Habsburgerdynastie Staatseigentum werden soll, so ist der Vorgang dieses Beamten, der eine Millionen-einrichtung für 25.000 Kč einem Händler verkauft, sehr eigentümlich.

Die Podkarpatska Rus leidet nach dem Urteile der tschechischen Presse unter dem Wucher der Juden, man wird wohl schwerlich behaupten können, daß der Herr Dr. Brzeszowski von den Juden so bewuchert wurde, daß er die Einrichtung eines Jagdschlosses stehlen mußte. Wenn unsere Regierung durch derartige Beamte vertreten lassen wird, so wird sie in der P. R. nicht viele Anhänger gewinnen. La veant Consules!

Der Arierparagraph.

Zuerst führte ihn deutschnationale österreichische Studentenschaft ein, indem sie zu Waidhofen den Beschluß faßte, Juden und Judenstämmlinge in studentische Organisationen nicht aufzunehmen, mit der Begründung, Juden seien von Geburt aus mit einem Makel behaftet und dürfen in deutsche Gesellschaften nicht geduldet werden, da sie ehrlos seien. Gut. Dann hielt die Judenreinheit in der Turnerei Einzug; alle Juden mußten deutsche Turnvereine verlassen, mit Ausnahme des deutschösterreichischen Turnerverbandes. In der Politik der alten Monarchie spiele der Judenpunkt seit Schönerer eine große Rolle und so vergiftete der antisemitische Standpunkt das öffentliche Leben. Es gab nur wenig politische oder nichtpolitische Organisationen, die sich über den Judenpunkt hinwegsetzten.

Der österreichische Alpenverein „Sektion Austria" in Wien, zählt noch heute Juden zu seinen Mitgliedern, nun ist seit einigen Wochen eine Aktion im Gange, welche die Juden aus diesem Vereine ausweisen will. Darob große Erregung in beiden Lagern. Man will diesen Verein im deutschvölkischen Sinne ausbauen und der sattsam bekannte deutschnationale Walter Riehl will nicht haben, daß ostjüd. Touristen in den Schutzhütten prassen. Eine Generalversammlung, die für den 22. Februar einberufen war, sollte darüber entscheiden. In der „Neuen Freien Presse" ereiferte sich Alice Schalek gegen den Arierparagraph, die, seitdem sie nicht mehr als Berichterstatterin des Kriegspressequartiers unter dem Striche Feuilleton schreiben kann, in Artikeln ihre Hellsichtigkeit dadurch beweisen will, daß sie sehr gut sieht — wie in Schutzhütten jüdische Touristen ihr mit dünnen Wurstschnitten belegtes Brot frugal verzehren. Aber da war nichts zu machen, denn man will auch solche Juden nicht. Wohl erklärte der Hauptredner der Versammlung, Herr Riehl, daß man gegen bodenständige Wiener Juden nichts hätte, aber das widerspräche ja dem Begriff des Arierparagraphen. Entweder lauter Arischgesichter (der Ausdruck stammt von Karl Kraus) oder keine. Die Versammlung ergab bei der Abstimmung, es beteiligten sich 1906 Anwesende, 1250 für den Paragraph und 650 (oder richtiger 1254:652) dagegen. Der Antrag fiel, weil ihm die notwendige drei Viertelmajorität fehlte.

Die Wiener Juden können infolgedessen in der „Austria" verbleiben. Wozu wissen wir zwar nicht. Wir glauben, daß die Juden auch ohne die „Austria" betreiben können, wenn sie ohne die „Austria"-Touristik betreiben können, wenn sie ihnen Bedürfnis ist, aber nicht die Gelegenheit, „mitzumachen".

Erez Israel.

Wirtschaftliches.

Das Automobilwesen.

Nach Mitteilung der Zionist Commission sind für Palästina die geeignetsten Kraftwagentypen die Ford- oder Overland-Fabrikate. Automobile anderer Marken verbrauchen zuviel Benzin auf den schlechten Wegen und dem bergigen Gelände. Ein Bedarf an Chauffeuren herrscht zurzeit nicht, da die Anzahl der Kraftwagenführer die im Lande befindlichen Wagen übersteigt. Jüdische Chauffeure beanspruchen 15 Pfund Sterling monatlich, während der Araber mit 12 Pfund Sterling zufrieden ist, doch ziehen viele Wagenbesitzer jüdische Chauffeure vor, da sie intelligenter und aufmerksamer sind. Mit dem Zunehmen der Touristik erwartet man eine Vermehrung des Kraftwagenverkehres. (Z. K.)

Gründung einer Einkaufsgenossenschaft.

Der Prospekt der „Palestine Civil Service Corporation Society Ltd". ist erschienen. Die Aktien betragen 1 Pfund Sterling, das Kapital ist unbegrenzt. Die Genossenschaft will an ihre Mitglieder Lebensmittel, Kleidung und Wirtschaftsartikel möglichst billig abgeben. Sie wird Ladengeschäfte betreiben, will ein- und verkaufen, fabrizieren und handeln. Es sollen indirekte Filialen in Jerusalem, Haifa, Lydd und Kantara errichtet werden, auch will die Gesellschaft auf allen Eisenbahnlinien, Proviantwagen laufen lassen, um Lieferungen an solche Mitglieder gelangen zu lassen, die in Orten wohnen, wo es keine Läden gibt. Das Maximum von Aktien, das ein Mitglied erwerben darf, beträgt 200, das Minimum 5. (Z. K.)

Maschinenschreiber und Stenographen gesucht.

Zurzeit herrscht Nachfrage nach männlichen und weiblichen Maschinenschreibern und Stenographen. Erste Kräfte erhalten in den Regierungskanzleien zwischen 12 und 25 Pfd. Sterling pro Monat. (Z. K.)

Eine Baukredit-Gesellschaft für Palästina in New York.

Der 13. zionistische Distrikt in New York hat eine „Palästina Building Loan Company" gegründet. Die Gesellschaft wird ihr Kapital in Palästina als Baukredit zur Verfügung stellen. In der Versammlung wurden sofort 1/4 der Anteile gezeichnet. Sobald die erste Serie gezeichnet ist, wird eine zweite herausgegeben. Die erste Serie von 100.000 Dollar ist in 500 Anteilen à [illegible] Doll. ausgestellt. Das Geld ist in kleinen Raten einzuzahlen. (Z. K.)

Herstellung von Verpackungskisten.

Nach einer Mitteilung der „Zionist Commission" fehlt in Palästina eine Fabrik zur Herstellung von Verpackungskisten für Apfelsinen usw. Die Fabrikation erfordert keine besondere Ausbildung. Die Tischler erhalten Stücklohn, und zwar: pro 100 Kisten 1 Pfund Sterling. Ein tüchtiger Tischler stellt 60 Kisten pro Tag her. (Z. K.)

Kupfervorkommen.

Bei seinem Besuche in Palästina teilte Sir Alfred Mond, der englische Minister der öffentlichen Arbeiten, einem Korrespondenten der hebräischen Tageszeitung „Doar Hajom" (Jerusalem) mit, daß ein in Palästina weilender englischer Ingenieur ihm brieflich mitgeteilt habe, daß er auf Kupfervorkommen gestoßen sei. Näheres könne er noch nicht angeben. In der Bibel ist das Kupfer als in Palästina vorkommendes Metall wiederholt erwähnt, neuere Nachforschungen waren jedoch bis jetzt vergebens. (Z. K.)

Eine Wilnaer Kolonie.

Der Verband der Wilnaer Juden in New York, der über 700 Mitglieder zählt und mehrere Kassen mit großen Kapitalien besitzt, hat beschlossen, in Palästina eine eigene Kolonie zu gründen, wo er seine Landsleute ansiedeln kann. Jedes Mitglied ist verpflichtet, im Laufe der nächsten Jahre 8 Dollar jährlich zu diesem Zweck beizutragen. (Z. K.)

Ein amerikanisches Druckereiunternehmen.

In Amerika wurde eine „Beth D'fus Jeruscholajim Association" gegründet, die den Zweck hat, in Jerusalem ein großes, alle Zweige des Druckereigewerbes umfassendes Unternehmen ins Leben zu rufen. Die Gesellschaft will gleichzeitig als Verlagsunternehmen für jüdische Publikationen fungieren. Sie besitzt ein Kapital von 200.000 Doll., von denen 120.000 Doll. bereits eingezahlt sind. (Z. K.)

Eine Tintenfabrik in Jerusalem.

Der aus der Krim nach Palästina eingewanderte Tintenfabrikant Elkan Brülle hat in Jerusalem eine Tintenfabrik „Chilasow" gegründet. (Z. K.)

Haifa überflügelt Jaffa.

Im Monat November betrug die Summe der Export- und Importwaren in Jaffa 223.000 Pfd., während sie in Haifa die Höhe von 275.000 Pfd. erreichte. (Z. K.)

Entwicklung der Müllerei und Bäckerei.

Die Vereinigung B'ne Zion in Amerika veröffentlichte einen Prospekt, in dem sie ihre Mitglieder zur Zeichnung von Aktien der von ihr auf rein privatwirtschaftlichem Wege gegründeten „Miling and Eaking Corporation" zur Entwicklung der Mühlenindustrie und des Bäckereigewerbes in Palästina. Vorsitzender dieser Gesellschaft ist M. Mayer Herbst, Besitzer einer der größten modernen Bäckereien New Yorks. Der größte Teil der Aktien gehört der Vereinigung, die das neue Unternehmen kontrollieren wird. (Z. K.)

Anleihe.

Die Regierung ist geneigt, der Stadtgemeinde von Jerusalem eine Anleihe von 40,000 Pfund zu gewähren, um die Zuleitung von Quellwasser für Jerusalem zu ermöglichen.

Arbeiterbank.

In Palästina soll demnächst die erste jüdische Arbeiterbank eröffnet werden, als eine der

ersten Unternehmungen, die von der unlängst in Palästina gewesenen zion. Kommission organisiert wurde.

Tabakbau.

Durch Aufhebung des Tabakmonopols in Palästina ist sowohl der Tabakbau, wie die Tabakverarbeitung frei geworden. Eine Reihe jüdischer Kolonisten beabsichtigt den Anbau von Tabak. Diese Pflanzer gründeten zur Durchführung gemeinsamer Angelegenheiten einen Verein an dessen Spitze Baruch Barsilai steht. (Z. K.)

Schwedische Industrie-Propaganda.

Der angekündigte Besuch des schwedischen Panzerkreuzers „Siglia“ in Jaffa hat stattgefunden. Die „Siglia“ führte einen Abgeordneten der schwedischen Regierung mit sich, der ein Begrüßungsschreiben seiner Regierung an den Oberkommissar überreichte und den Wunsch äußerte, eine regere kaufmännische Verbindung zwischen Palästina und Schweden herzustellen. Die Jaffaer Bevölkerung bereitete den schwedischen Gästen eine herzliche Begrüßung. Die Leute hatten die Erlaubnis, das schwedische Kriegsschiff zu besichtigen, wo durch Vorführung von Filmen und Ausstellung von Proben schwedischer Industrie rege Propaganda getrieben wurde. Der Kommandant des Schiffes und der Abgesandte der schwedischen Regierung besuchten Jerusalem und den Oberkommissar. (Z. K.)

Begründung der Bambusrohr-Industrie.

In Haifa traf aus Batum der kaukasische Fabrikant Machlis ein, der eine Schiffsladung Bambusrohr mit sich führte. Machlis beabsichtigt, in Haifa die Fabrikation von Bambusrohrmöbeln zu betreiben. Geeignete Arbeiter haben sich unter den neuen Einwanderern bereits gefunden. Zugleich sollen Bambusrohrpflanzungen angelegt werden. Nach Feststellung von Professor Warburg ist Palästina für den Anbau geeignet. Die Fabrikation soll sich auf Möbel, wie auch auf Stöcke, Griffe, kunstgewerbliche Gegenstände, Kinderspielzeug usw. erstrecken. Auch die Errichtung von Häusern aus Bambusrohr kommt in Betracht. (Z. K.)

Kulturelles.

Reorganisierung des hebräischen Abendschulwesens.

Der Abendschulrat in Jerusalem beschloß, das Zentralkomitee für die palästinensischen jüdischen Arbeiter um Aufsicht zu bitten. Das vom Education-Departement bewilligte Budget wird von dem neuen Zentralkomitee verwaltet. Neue Abendschulen sollen eröffnet werden. Die Schulen befassen sich in der Hauptsache mit dem Unterricht des Hebräischen, ferner mit der beruflichen und wissenschaftlichen Ausbildung. (Z. K.)

Erste Anwendung der hebräischen Stenographie.

In der Sitzung des Jüdischen Nationalrats für Palästina (Waad leumi) vom 26. Jänner und in der Sitzung der Lehrervereinigung wurde zum ersten Mal die hebräische Stenographie angewandt. Die genauen Protokolle wurden von Stenographinnen aufgenommen, welche Schülerinnen des Erfinders des hebräischen Stenographiesystems, Temes, waren, dessen Lehrbuch kürzlich angekündigt wurde. (Z. K.)

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

„Da hat uns aber das Jüdische Volksblatt in Mähr.-Ostrau eine arge Freude gemacht“,

schreibt das in Straßburg (Elsaß) erscheinende Blatt „Le Juif“, „als es uns das schöne Buch von der Königin Esther geschickt hat. Das ist kein Bilderbuch mit Soldaten, die sich totschießen, mit Flinten und Säbel, das ist ein richtiges Bilderbuch für Bube und Maidle! Wer das liest, dem fällt's nicht schwer, für den Herrn Lehrer die Geschichte von der guten Königin Esther und dem Onkel Mordechai zu lernen, in dem Buch ist's arg schön erzählt und sonst noch seine Bilder dabei. Seid jetzt alle schön brav, geht zu Vater oder Mutter, Tante oder Onkel, und sagt, ihr wollt das Buch von der Königin Esther haben.“

(Das „Buch von der Königin Esther“ ist gegen Voreinsendung oder Nachnahme von Kč 6.— vom „Jüd. Volksblatt“, Mähr.-Ostrau, Langegasse 24, zu beziehen).

*

Montag, den 14. März spricht in einer von der zionistischen Ortsgruppe M.-Ostrau veranstalteten Versammlung Herr Rabbiner Dr. Leopold Goldschmied aus Proßnitz über das Thema „Der Zionismus am Scheidewege“. Näheres Plakate.

*

Bazar.

Der 20. März bringt eine Ueberraschung für Mähr.-Ostrau. Wie bereits mitgeteilt, veranstaltet der jüdisch-nationale Frauen- und Mädchenverein „Mirjam“ an diesem Tage einen Jahrmarkt mit Bazar und allerlei Belustigungen für groß und klein, der sich, den Vorbereitungen nach zu schließen, den bisherigen Veranstaltungen des Vereins würdig anschließen dürfte. Der Reinertrag fällt dem Fonds zur Errichtung eines jüdischen Kindergartens in Mähr.-Ostrau zu. Fleißige Hände sind eifrig an der Arbeit und verfertigen, mitunter mit sehr primitiven Mitteln, die schönsten Dinge, kunstgewerbliche Arbeiten, Kinderspielzeug und dergleichen. Das Material zur Anfertigung aller dieser Sachen geht aber leider bald zu Ende und es ergeht daher an alle Mitglieder und Freunde des Vereines die Bitte insofern, sie sich nicht selbst an der Arbeit beteiligen wollen, wenigstens alles entbehrliche alte Material, das sich gewiß in jedem Haushalte finden wird, wie Seiden- und Stoffreste, alte Puppen und dergleichen, dem Vereine zur Verfügung zu stellen. Besonders an alle jungen Mädchen ergeht die Aufforderung durch eifrige Mitarbeit zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Jeden Montag, 8 Uhr abends, Besprechung und Arbeitseinteilung in der Kanzlei Dr. Felix Winterstein, Mähr.-Ostrau, Teichnergasse.

*

Der jüd. Handwerkerverein für Mähr.-Ostrau und Umgebung veranstaltet aus Anlaß des 10jährigen Bestandes am Samstag, den 5. März l. J. im großen Saale des Hotel National ein Tanzkränzchen. Anfang 8 Uhr abends: Musik Tauberkapelle. Entree pro Person 10 Kč Abgabe 3 Kr.

Für den Vorstand: J. Bodenstein.

*

Die Bibliotheksstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden nicht mehr Dienstag, sondern jeden Montag, von 1/2 6 bis 1/2 7 Uhr abends im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüd. Volksschule statt.

*

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

*

Die Sportredoute des S. K. Makabi findet, wie bereits mitgeteilt, Samstag, den 12. März im „Narodni dum“ statt. Einladungen ergehen bereits. Reklamationen sind an Sekretär Walter Kulka, M.-Ostrau, Lokalbahnhof, Tel. 535 zu richten.

*

Aus der Theaterkanzlei.

Dienstag, den 1. März findet die Wiederholung des überaus übermütigen Schwankes „Der müde Theodor“ in Folge 2 gelb statt.

Mittwoch, den 2. März wird die Oper „Tannhäuser“, die stets vor ausverkauftem Hause in Szene ging zum neunten Male aufgeführt. (Außer Dauer- und Stammsitz.)

Donnerstag, den 3. März geht der erfolgreiche, überaus komische Schwank „Der müde Theodor“ in Folge 3 grün in Szene.

Freitag, den 4. März „Der Obersteiger“ in Folge 4 braun.

Samstag, den 5. März Erstaufführung des Operettenschlagers „Hol' mich der Teufel“. (Außer Dauer- und Stammsitz.)

Oderberg.

Kranzablösungsspenden anläßlich des am 22. Februar stattgehabten Begräbnisses des Herrn Samuel Kohn Verwalter in Reichwaldau. Gutsverwaltung Reichwaldau 300, Verwalter Javorek, Dr. Pohl 200, Wechsberg und Hoffmann, Lazy, Oberbaurat Ing. Hoffmann Wien je 100, Julius Landsberger M.-Ostrau 30, Familie Berger (Reichwaldau) Spediteur Haas, Tierarzt Sonnenschein, Schönthal (Jabreh) je 20, Frau Charlotte Zanter, Jeziorsky je 10, Rab. Dr. Baß, Albert Eichenbaum, Josef Brenner, Benat Neumann und Joachim Tobias Reichwaldau je 5 Kronen.

Ungarisch-Hradisch.

Die jüdisch akademische Ferialverbindung „Achwah“ veranstaltet am 28. März eine Redoute.

Brünn. Bei der am 23. Februar stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung der Jüd. akad. Lese- und Redehalle wurde folgendes Präsidium gewählt: Obmann: N. Preßer; Obmann-Stellv.: L. Tauber; Schriftführer: E. Elbert.

Jüdischer Nationalfonds.

Ausweis Nr. 7
vom 15. bis 28. Februar 1921

Allgemeine Spenden.

Gaya: Mikael Schmerler anl. Vermählung 100, Unger Moses, Tempelspende 20, zusammen K 120.—
Kojetein: Familie A. Dukes anl. Barmizwah ihres Sohnes 60, Bruno Grünstein 2, zusammen K 62.—
Mißlitz: Gisela Neumann K 10.—
Neutitschein: Jakob Windholz b. Dr. Mannheimer K 100.—
Streßnitz: Ernst Lendler, Wagstadt K 10.—
Wolframs: Sammelbogen Josef Spitzer K 200.—
Summe der allgem. Spenden K 502.—

Oelbaumspende.

Klein-Kuntschitz: Schüler der 7. Realschulklasse 1 B. K 30.—
Kojetein: Isabella Langer und Söhne 5 B. a. N. Herman Langer K 150.—
Mißlitz: a. N. Erna Horner 1 B. im Mißlitzer Garten K 30.—
Neutitschein: Marie Körner-Garten: Dr. Birnstein a. N. Melanie Klein 2 B. Leo Körner a. N. Marie Körner 500 K, zus. 17 B. Sammlung b. Hochzeit Gelb K 210 7 B. zusammen K [illegible]
Streßnitz: Max Weitzmann und Adolf Bittner je 1 B. im Streßnitzer Garten K 30, Leon. Ländler, Selma Freiht-Wien, Frieda Siebenschein je 1 B. a. N. Lotti Ländler im Streßnitzer-Garten zus. K [illegible]
Summe der Oelbaumspenden K 1025.—

Goldenes Buch.

Neutitschein: Munk 80 Ungenannt d. Josef Landau 500, zus. K 580.—

Büchsenleerung.

Auspitz: Bernh. Benedikt 52.60, Anna Wlček 20, Josefine Mikenes 17, Ab. Fink 15, Ernst Lederer 13.40, S. Fisher 75, Rosa Eisinger 1, Hugo Fischer je 13, Gisela Mhof 8 10.30, D. Eisinger 8, Arnold Hanef 7.40, Mir Fink 6, Alb. Wachsmann, Osm. Fischer je 5, div. unter 5 K, zusammen K 2[illegible]5.70
Kojetein: Salomon Friedenthal 5, Josef Götlinger 11.40, Jakob Fischer 11.10, Moritz Götzlinger 15, zusammen K 42.50
Wolframs: Josef [illegible] K 187.—
Summe K 435.20
Ausweis Nr. 7 K 2.542.20
Zuletzt ausgewiesen K 37.645.94
Gesamtsumme bis 28. Feb. 1921 K 40.188.14
Materialien: Auspitz 15, Mährisch-Ostrau 129.60, Göding 151.50, zusammen K 296.10

Jüdischer Sport

S. K. Makabi, Fußballsektion. Dienstag, den 1. März, halb 9 Uhr abends im Klubheim Cafe Union (Klubzimmer) Sektionsversammlung. Theoretischer Fußballunterricht unter Leitung des Spbr. Weltner und Schiedsrichterkurs.

S. K. Makabi, Hokey. Donnerstag den 3. März, 8 Uhr abends Sektionssitzung. Einteilung der Mannschaften. Erscheinen unbedingte Pflicht. Ort: Klubheim Cafe Union.

S. K. Makabi, Hazena. Mittwoch den 2. März, halb 7 Uhr Sektionssitzung. Einteilung der Mannschaften. Neuanmeldungen täglich im Klubheim Cafe Union (Klubzimmer).

S. K. Makabi, Zöglinge und Benjamins. Mittwoch, den 2. März halb 7 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Zöglinge und Benjamins (Fußball und Hokey) im Gasthaus M. H. Löwy, Bahnhofstraße.

Gau Nordmähren-Schlesien des J. F. V. Dienstag, den 1. März halb 8 Uhr abends Gauvorstandssitzung im Klubzimmer des Cafe Union.

Schiedsrichterkurs des Gaues Nordmähren-Schlesien des J. F. V. Dienstag, den 1. März, 9 Uhr abends im Klubzimmer des Cafe Union. Alle Vereine haben ihre Delegierten zu entsenden.

S. K. Makabi Schachsektion.

Die neugegründete Schachsektion kommt täglich abends im neuen separierten Klubheim „Cafe Union“ zusammen, wo unter Anleitung von anerkannten Schachleuten Schach gespielt wird.

Neuanmeldungen täglich im Klubheim während der Abendstunden beim Sektionsleiter Rosner.

„Allgemeiner Zeitungsverlag“ Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oderfurt.